



## Pressemeldung

### Landesgeschäftsstelle

Schopenhauerstraße 21  
30625 Hannover  
Telefon (05 11) 5 30 43-0  
Telefax (05 11) 5 30 43-29  
E-Mail [info@ljn.de](mailto:info@ljn.de)  
Internet [www.ljn.de](http://www.ljn.de)

Datum: 25.04.2024

### **Auricher-Erklärung – Die Zweite Rechtssichere Lösungen für ein Wolfs-Bestandsmanagement gefordert**

Am heutigen Donnerstag haben die Landesjägerschaft Niedersachsen e.V. (LJN), ihre 10 Küstenjägerschaften und die Landesjägerschaft Bremen e.V. in Aurich ihre Forderungen nach einem Bestandsmanagement für Wölfe erneuert. Unterstützung erhalten sie dabei vom Wasserverbandstag e.V., von Landkreisvertretern, dem Landvolk Niedersachsen e.V. und dem Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland e.V.

„Vor gut einem Jahr haben wir hier in Aurich, die Auricher-Erklärung vorgestellt und Forderungen formuliert, um den Vorrang von Deichschutz und Deichsicherheit zum Schutz von Menschenleben in Zielkonflikten mit dem Schutzstatus des Wolfes zu gewährleisten. Passiert ist seither auf der politischen Bühne leider nichts Substanzielles“, so Gernold Lengert, Stellv. Bezirksvorsitzender der Jägerschaften im Bezirk Ostfriesland. Trotz vieler Bekenntnisse auf Landes- und Bundesebene, habe sich die Situation für die Deichschäfer in keiner Weise verbessert – im Gegenteil, die Übergriffe von Wölfen auf Nutztiere gehen unvermittelt weiter: Allein im Zeitraum vom 01.04.2023 bis 23.04.2024 gab es insgesamt 480 offiziell dokumentierte C1-Nachweise von Wölfen in dem Gebiet der 10 Küstenjägerschaften. 108 Übergriffe gab es in dieser Zeit dort, wovon 75 sicher einem Wolf zugeordnet werden konnten. Im Rahmen dessen wurden 188 Tiere getötet, 101 verletzt und 10 Tiere sind nach diesen Übergriffen verschollen. Zwei weitere Wolfsrudel sind in dieser Zeit in dieser Region hinzugekommen.

„Wir sind froh über die Unterstützung seitens des Wasserverbandstages und des Landrates des Landkreises Aurich, wie auch der landwirtschaftlichen Berufsverbände – ihre Anwesenheit heute hier ist ein klares Signal an die Politik, dass es ein `weiter so` einfach nicht mehr geben kann und darf“, so Lengert weiter. In diesem Sinne dankte er dem Auricher Landrat auch für die vor wenigen Tagen veröffentlichte Resolution von 11 niedersächsischen Landkreisen, die ebenfalls effektive Maßnahmen zum Wolfsmanagement statt Lippenbekenntnissen seitens der Politik einfordern. Mit neuen Motiven einer Plakatkampagne wolle man nun zudem entlang der Küstenlinie das Thema zusätzlich auch weite in die Öffentlichkeit tragen.

Nicht nur in den Küstenregionen besteht dringender Handlungsbedarf: Die Notwendigkeit endlich grundsätzlich zu rechtssicheren Lösungen für ein Bestandsmanagement der Wölfe zu kommen, unterstrich LJN-Präsident Helmut Dammann-Tamke: „Den Formulierungen in den Koalitionsverträgen auf Bundes- wie auch auf Landesebene, ein europarechtskonformes, regional differenziertes Bestandsmanagement zu ermöglichen, müssen endlich Taten folgen.“ Die politische Realität auf Landes- Bundes- und Europaebene sehe allerdings nach wie vor anders aus – man sei weit davon entfernt. „Nebelkerzen, wie das als Durchbruch verkaufte Verfahren der „Schnellabschüsse“, die genauso schnell von Gerichten wieder einkassiert werden, helfen den Betroffenen nicht weiter und führen zu noch mehr Akzeptanzverlust. Wir appellieren daher an die Niedersächsische Landesregierung ihrer Verantwortung für das Land aber auch ihrer Rolle im Bund gerecht zu werden und endlich für rechtssichere Lösungen zu sorgen.“ Insbesondere die Blockadehaltungen des Bundes in Fragen der Änderung des Schutzstatus des Wolfes müssten aufgelöst und auf EU-Ebene mit Priorität und klarem Votum vorangetrieben werden, so der LJN-Präsident abschließend.